

Piketty zerpfücken

Autor(en): **Ingold, Simon**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **94 (2014)**

Heft 1018

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-735929>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Piketty zerpfücken

Weshalb der Wirbel? Weil «Capital in the Twenty-First Century» an animalische Instinkte appelliert. Doch die Debatte verläuft entlang klassischer ideologischer Linien. Dies zeugt von Denkfaulheit. Und lenkt davon ab, dass auf die Wohltätigkeit von Selfmade-Milliardären mehr Verlass ist als auf eine Vermögenssteuer.

von Simon Ingold

«Capital in the Twenty-First Century» ist eine publizistische Sensation. Trotz eines Umfangs von 696 Seiten steht es auf Platz vier der meistverkauften Bücher bei Amazon weltweit. Eine Suche des Titels auf Google ergibt knapp 100 Millionen Treffer. Weshalb ist es zu dieser unvergleichlichen Resonanz gekommen?

Thomas Pikettys Buch lässt sich schwer einordnen. Es entspricht nicht den gängigen Trends jener Wirtschaftsliteratur, die Breitenwirkung entfaltet: der anekdotenreich-handfesten Alltagsökonomie eines Stephen Levitt, der ideologisch gefärbten Polemik eines Paul Krugman, den sensationalistischen Untergangsprognosen eines Nouriel Roubini oder den überintellektualisierten, philosophischen Traktaten eines Nassim Taleb. Piketty unternimmt vielmehr den Versuch, ein gesellschaftlich brisantes Thema, die wirtschaftliche Ungleichheit in Nordamerika und dreizehn Ländern Europas, systematisch aufzuarbeiten. Ausgangspunkt dafür ist eine immense statistische Analyse, die auf der Auswertung von internationalen Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung der letzten 200 Jahre beruht. Sie zeigt, dass die Phase zwischen 1810 und dem Beginn des Ersten Weltkriegs in den untersuchten Volkswirtschaften von grosser und wachsender Ungleichheit geprägt war. Bis in die 1970er Jahre nahm diese Ungleichheit ab und steigt seither wieder. Zwischen 1987 und 2013 wuchsen die grössten Vermögen, d.h. die top 1% bzw. 10%, dreimal schneller als der Durchschnitt. Piketty erklärt dies vor allem mit den unterschiedlichen Wachstumsraten von Gesamtwirtschaft und Kapital. Weil letzteres meistens schneller wächst als das BIP, ergibt sich eine wachsende Vermögenskluft zwischen Kapitaleignern und jenen, die vom Faktor Arbeit leben. Aufgrund des Zinseszins-effekts weitet sich diese Kluft über die Zeit zu einer extremen Vermögenskonzentration aus. Als Gegenmassnahme schlägt Piketty eine internationale Steuer auf die höchsten Vermögen vor.

Es wurde mehrfach, u.a. von Krugman und Branko Milanovic, behauptet, dass es sich bei dieser Theorie um einen bahnbrechenden Wendepunkt im ökonomischen Denken handle. Der ist es nicht. «Capital in the Twenty-First Century» ist in erster Linie eine beeindruckende empirische Arbeit. Erst im letzten Kapitel schlägt der Autor einen von ihm selbst als utopisch erachteten Lösungs-

Simon Ingold

ist Ökonom und in der Finanzbranche tätig. Er studierte in St. Gallen und in Yale, war Kolumnist dieses Magazins.

ansatz vor. Weil dieser auf Umverteilung beruht und auf soziale Gerechtigkeit à la Rawls hinausläuft, scheiden sich die Geister von Kommentatoren und Ökonomen primär an ihm.

Eine Frage des Timings

Gemäss Piketty ist Ungleichheit dem kapitalistischen System inhärent und hat ihre Ursprünge damit im Zeitalter der Industrialisierung. Warum ist dann die Empörung gerade jetzt so gross? Und warum ist Ungleichheit überhaupt ein Problem? In der subjektiven Wahrnehmung der breiten Bevölkerungsschicht scheint sich etwas gewandelt zu haben.

Die Finanzkrise und die nachfolgende globale Rezession haben den Durchschnittsbürger in den industrialisierten Ländern hart getroffen. Tendenziell überschuldet, ist er nach wie vor mit Schuldenabbau statt Kreditaufnahme, Konsum oder Sparen beschäftigt. Die von den Zentralbanken bereitgestellte Liquidität findet deshalb auch nicht den Weg in die Realwirtschaft. Die Besitzer grosser Vermögen hingegen sind sechs Jahre nach Lehman mehrheitlich bessergestellt als 2008. Befeuert von der ultralockeren Geldpolitik, begünstigt die fünfjährige Hausse an den globalen Aktien- und Obligationenmärkten definitionsgemäss jene, die über umfangreiche Wertpapierportfolios verfügen. Die «Occupy Wall Street»-Bewegung, die 99-Prozent-Debatte in den USA und die Schweizer Volksinitiativen der letzten Jahre sind direkte Konsequenzen daraus.

Gerade die USA befinden sich in einer transformativen Identitätskrise, die sich in einer wachsenden Sorge über die Stabilität des sozialen Gefüges ausdrückt. Das hat viele Ursachen, ist aber zu einem guten Teil auf den neuen innenpolitischen Fokus nach den aussenpolitischen Niederlagen der letzten fünfzehn Jahre zurückzuführen. Dazu kommen der demographische Druck v.a. vom südlichen Nachbarn, der die Zweiklassengesellschaft weiter zementiert, die Nachwehen der Finanzkrise und die nur schleppende gesamtwirtschaftliche Erholung sowie die infolge des

Technologie- und Shale-Gas-Booms vermeintliche Abkoppelung gewisser Branchen vom Rest der Realwirtschaft.

Ganz ähnlich ist die Situation in Europa: nationale Prioritäten treten in den Vordergrund, die gesamteuropäische Idee verliert nach dem Scheitern der Integration massiv an Glaubwürdigkeit und wird von allen Seiten beschossen. Das Resultat ist ein zunehmender Hang zur Fragmentierung, zur Abschottung, zur Kleinaräumigkeit, zur Nationalstaatlichkeit. Diese politische Fragmentierung ist ein möglicher Auslöser für gesellschaftliche Zerfallerscheinungen. Die Orientierung nach innen und die gedämpften Wachstumsaussichten tragen dazu bei, dass Ungleichheit mehr auffällt und thematisiert wird.

Ganz anders präsentiert sich die Lage in den aufstrebenden Märkten. Dort stehen Wachstum und die Steigerung des Lebensstandards im Vordergrund. Die Ungleichheit ist (noch) ausgeprägter, aber niemand schert sich wirklich darum, solange die Einkommen der Unterschicht steigen und ein tragfähiger Mittelstand geschaffen werden kann. Das ist die Wirkung des Basiseffekts: wer sich von einem sehr tiefen Lebensstandard hocharbeitet, dem ist Ungleichheit herzlich egal, solange es ihm besser geht als vorher. Exemplarisch hierfür ist Indien, wo die Wahl Narendra Modis zum Premier mit genau dieser Hoffnung verbunden ist. Erstmals in der indischen Geschichte stellt ein Regierungschef die Wirtschaftspolitik ins Zentrum. Sollten seine Reformen gelingen, ist eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums von 2 bis 3 Prozent pro Jahr durchaus realistisch. Tritt das «The rising tide lifts all boats»-Phänomen ein, ist die Gleichheitsdebatte fürs erste vom Tisch.

Selfmade-Milliardäre laufen Geldadel den Rang ab

Ist Einkommens- und Vermögensungleichheit in diesem Fall ein zivilisatorisches Problem, eine Krankheit entwickelter Ökonomien, die ihren Zenit überschritten haben? Pikettys Annahme einer tiefen Wachstumsrate, die derjenigen des Kapitals nachhinkt, legt dies nahe. Was er aber zu erwähnen unterlässt, ist die dynamische Entwicklung: trotz ihres Anstiegs verändert sich auch die Qualität der Ungleichheit. Selfmade-Milliardäre haben dem Geldadel längst den Rang abgelaufen. Gemäss einer aktuellen Studie haben 65 Prozent der weltweit 200 000 Ultra-High-Net-Worth-Individuals (Durchschnittsvermögen: USD 139 Millionen) ihr Vermögen aus eigener Kraft erarbeitet. Bei den Milliardären sind es 60 Prozent.¹ Das relativiert das ethische Argument gegen die Ungleichheit stark.

Die reichsten Menschen der Welt, unter ihnen Warren Buffett, Larry Ellison und Hansjörg Wyss, haben sich aus eigener Initiative dem «Giving Pledge» von Bill Gates angeschlossen. Sie verpflichten sich damit, den Grossteil ihres Vermögens für wohltätige Zwecke zu spenden. Von einer globalen, kleptokratischen Oligarchie zu sprechen, wie Piketty es bisweilen tut, ist nicht nur falsch, sondern schwächt seine eigene Argumentation. Oligarchische Strukturen existieren, gerade in aufstrebenden Märkten. Aber die neuen Tycoons sind jung und anders veranlagt als ihre

Vorgänger. Bill Gates ist für sie nicht nur unternehmerisches, sondern auch philanthropisches Vorbild.

Ideologische Verblendung = denkfaule Reaktionen

Aus der fieberhaften Debatte über «Capital in the Twenty-First Century» lässt sich ein Schluss ziehen: sie verläuft entlang klassischer ideologischer Denklinien. Linke Kommentatoren sind begeistert, die rechten reagieren anerkennend, sind aber mit den Folgerungen nicht einverstanden. Es ist ein Problem, das man Piketty vorwerfen muss. Statt den Diskurs zu öffnen, bedient er ideologische Reflexe und lenkt ihn damit in vorhersehbare Bahnen. Aber die Presse tut nichts, um dem entgegenzuwirken. Die gebetsmühlenartig vorgetragene Kritik, v.a. im liberalen Lager, ist phantasielos und zeugt von intellektueller Faulheit. Sie verfällt in die gleiche ideologische Voreingenommenheit, die sie Piketty vorwirft. Dabei tun sich bemerkenswerte Risse innerhalb ein und desselben Mediums auf. Während Martin Wolf anerkennend auf das Buch reagierte, bliesen seine Kollegen in der «Financial Times»-Redaktion jüngst zu einem gross angelegten Angriff gegen die wissenschaftliche Integrität Pikettys. Die FT versteckt sich letztlich hinter Spitzfindigkeiten, um an der Glaubwürdigkeit Pikettys zu sägen, die aber nichts an der grundsätzlichen Aussagekraft seiner These ändern.

Bei aller Kritik am Datenmaterial, das im übrigen jedermann öffentlich zugänglich ist, gibt es keinen Zweifel, dass innerhalb der untersuchten Länder ein Trend zu wachsender Ungleichheit besteht. Eine Vielzahl anderer Untersuchungen und Quellen bestätigen dies, u.a. auch ein Diskussionspapier des in diesem Zusammenhang unverdächtigen Internationalen Währungsfonds (IWF).² Das müssen Kritiker zur Kenntnis nehmen. Die Meinung, dass die Reichsten dieser Welt einen besonderen Schutz vor Besteuerung verdienen, ist genauso abwegig wie der Vorschlag, grosse Vermögen zu enteignen. Der Erfolg von The Giving Pledge zeigt, dass sich Reiche ihrer gesellschaftlichen Verantwortung sehr wohl bewusst sind. Über Institutionen wie die Bill & Melinda Gates Foundation, die Soros Foundation/OSF oder die Clinton Global Initiative werden Milliarden verteilt – von Spezialisten, die nach professionellen Kriterien entscheiden und sicherstellen, dass der Wert der gesprochenen Mittel maximiert wird. Eine so gelebte, zielgerichtete Philanthropie ist dem staatlichen Giesskannenprinzip um Welten voraus.

Die internationale Oligarchie, wenn man diesen Begriff denn bemühen will, ist die Entkräftung von Pikettys Rezept einer globalen Vermögenssteuer wie auch der liberalen Kritik daran. Die prohibitive Zwangsbesteuerung der Superreichen ist nicht angebracht. Sie wäre kontraproduktiv für die philanthropischen Bemühungen eines wachsenden Anteils der Superreichen. Genau diese Bemühungen sind es, welche die von «liberalen Kreisen» für Oligarchen geforderte Besitzstandswahrung obsolet machen. Sie müssen nicht verteidigt oder geschützt werden. Die meisten von ihnen handeln nämlich nicht im Sinne der strikten Einkommens-

und Vermögensmaximierung (bzw. Steuerminimierung), sondern lassen philanthropisches Engagement bewusst in ihre Nutzenfunktion einfließen. So veranlagte UHNWIs spenden in ihrem Leben durchschnittlich USD 25 Millionen. Unter der Annahme, dass sie 10 Prozent aller UHNWIs ausmachen, kommt damit eine Summe von USD 500 Milliarden zusammen.³ Philanthropisches Denken findet wachsenden Zuspruch und ist mittlerweile institutionell etabliert – nicht zuletzt, weil Spender, Empfänger und die Allgemeinheit ein Interesse daran haben, fundamentale Herausforderungen (Klimawandel, Migration, Bildung, Antibiotikaresistenz etc.) zielgerichtet und strategisch anzugehen. Naiv sein muss man deshalb nicht – steuerlich zahlt sich die Verwendung von Stiftungen für Superreiche selbstverständlich aus. Aber diese Ersparnis in Projekte zu investieren, die Mut und Innovation erfordern, ist sicherlich sinnvoller, als die staatliche Umverteilungsmaschine zu füttern.

Es wurde vielfach abschätzig bemerkt, die Gleichheitsdebatte sei ein Zugeständnis an den Zeitgeist. Wie Robert Shiller, ein anderer öffentlichkeitswirksamer Ökonom, sagt: «Launching ani-

mal spirits is about capturing the public spirit – the zeitgeist.» Appelliert Piketty mit seinem Buch an unsere innersten animalischen Instinkte? Zweifellos. Provoziert er damit eine Self-Fulfilling Prophecy von etwas, das in Tat und Wahrheit weniger dramatisch ist als befürchtet? Wohl kaum. Immerhin, die Ökonomie erlebt mit dem Erfolg von «Capital in the Twenty-First Century» ihre lang ersehnte Renaissance. Sie ist endlich wieder gesellschaftlich relevant und dort verortet, wo sie hingehört, in den Sozialwissenschaften. Diesen Publizitätsschub sollte sie unbedingt produktiv nutzen. ◀

¹ Wealth-X: Wealth-X and UBS World Ultra Wealth Report 2013.

² Jonathan D. Ostry, Andrew Berg, and Charalambos G. Tsangarides: Redistribution, Inequality, and Growth. IMF Staff Discussion Note SDN/14/02 (Februar 2014).

³ Wealth-X: Wealth-X and UBS World Ultra Wealth Report 2013.

Anzeige



- Einmaliges Netzwerk
- Ort der Begegnung, des Gesprächs und der Bildung
- Denkplatz für Konferenzen, Seminare und Tagungen

Gelebte Werte in der unternehmerischen Praxis

Auftaktveranstaltung mit Valentin Vogt, Präsident Schweizerischer Arbeitgeberverband

Dienstag, 8. Juli 2014, 14 bis 18 Uhr

Die Unternehmer müssen aus dem Schatten der Abzocker heraustreten. Denn die meisten Unternehmer reden nicht nur über Werte, sondern sie schaffen auch welche. Zum Wohle der ganzen Gesellschaft: Mit der Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen und wertvollen Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen sowie durch eine hohe Wertschöpfung tragen sie zum Wohlstand des ganzen Landes bei.

Weitere Anlässe in diesem Zyklus finden am **Donnerstag, 4. September 2014** und am **Donnerstag, 13. November 2014** statt.

Anmeldung unter www.lilienberg.ch

Lilienberg Unternehmerforum, Blauortstrasse 10, 8272 Ermatingen, Telefon +41 71 663 23 23, Fax +41 71 663 23 24, E-Mail: info@lilienberg.ch